

Europa unter Druck: Trump fordert höhere Militärausgaben – Was nun?

Experten warnen vor Trumps Zöllen und deren Auswirkungen auf Europas Verteidigung und Wirtschaft im Kontext transatlantischer Spannungen.



München, Deutschland - Angesichts der angespannten Beziehungen zwischen Europa und der USA unter der Regierung von Donald Trump wird eine intensivere Zusammenarbeit in der Verteidigung gefordert. Der Direktor des Stockholm International Peace Research Institute, Dan Smith, betont, dass eine stärkere Vereinheitlichung der militärischen Anstrengungen der europäischen Länder von entscheidender Bedeutung ist. „Die Aufrechterhaltung dieser getrennten nationalen Streitkräfte verursacht enorme Kosten, die unnötig sind“, erklärte Smith. In Anbetracht der erhöhten Spannungen, insbesondere durch die harschen Äußerungen von Vizepräsident J.D. Vance auf der Münchner Sicherheitskonferenz, sieht Smith sowohl Risiken als auch Chancen für Europa, die Beziehungen über den Atlantik

neu zu gestalten. „Wir müssen uns wirklich nach einer anderen Art von Beziehung über den Atlantik umschauen“, sagte er.

Wirtschaftliche Bedrohungen durch Trumps Zölle

Zusätzlich zu militärischen Herausforderungen könnte Trumps Politik auch wirtschaftliche Folgen für Deutschland haben. Sollte er seine angekündigten Importzölle von bis zu 20 Prozent tatsächlich umsetzen, wären zahlreiche Branchen betroffen, insbesondere die deutsche Autoindustrie. Rund 30 Prozent der Porsche-Modelle und 16 Prozent der BMWs werden in Nordamerika verkauft. Berechnungen der Hans-Böckler-Stiftung zeigen, dass bis zu 300.000 Stellen in Deutschland bedroht sein könnten, je nach Höhe der Zölle. Diese wirtschaftlichen Spannungen könnten auch einen Handelskrieg zwischen der EU und den USA auslösen, da die EU auf Trumps Maßnahmen mit eigenen Zöllen reagieren könnte, wie der Vorsitzende des europäischen Handelsausschusses, Bernd Lange, äußert.

In dieser angespannten Atmosphäre fordert Trump zudem eine drastische Erhöhung der Verteidigungsausgaben. Während Deutschland kürzlich die Marke von zwei Prozent des BIP für Verteidigung erreicht hat, drängt Trump auf fünf Prozent. Bundeskanzler Olaf Scholz hat jedoch darauf hingewiesen, dass solch hohe Ausgaben nur mit erheblichen Steuererhöhungen möglich wären. Unterdessen warnte der ehemalige Vorsitzende der Münchner Sicherheitskonferenz, Wolfgang Ischinger, davor, dass die EU geschlossen auftreten müsse, um international ernst genommen zu werden. Die geopolitischen Spannungen und ökonomischen Uneinigkeiten stellen die europäischen Staaten vor immense Herausforderungen in der Zusammenarbeit mit der USA, wie **Krone.at** und **Deutschlandfunk** berichteten.

Details	
Vorfall	Sonstiges

Details	
Ort	München, Deutschland
Quellen	• www.krone.at • www.deutschlandfunk.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at